

GRAZER

www.kpoe-graz.at

Stadtblatt



Ausgabe 7, April 2013 • Österreichische Post AG / Postentgelt bar bezahlt • RM 06A036682 • 8020 GRAZ

Zeitung der **KPO** Graz

Weg mit dem Pflegereregress!

Jetzt unterschreiben! Unterschriftenliste auf Seite 7



Nach einem viel zu langen Winter kommt endlich die Sonne heraus. Am 1. Mai laden wir alle Grazerinnen und Grazer ein, an Demonstration und Maifest teilzunehmen.

Seite 24

Sommer-Sonne-Ferien:LOS

Ferienturnusse mit
1-2 oder 3 Wochen

Schon jetzt anmelden!

Termine und Information zu Zuschüssen: Seite 22



ZITIERT



„Die EU ist ganz offensichtlich bisher kein lernfähiges System. Hier wird nichts aufgeklärt, niemand wird zur Rechenschaft gezogen. Die Verantwortung für folgenreiche Fehlentscheidungen verliert sich irgendwo zwischen den vielen Hauptstädten und den Korridoren in Brüssel. Solange sich das nicht ändert, sollte man sich nicht wundern über den schlechten Ruf, den diese europäische Unternehmung bei den Bürgern genießt.“ Clemens Wergin, *Die Welt*, 2.4. 2013

„Überall dort, wo künftig die Heuschrecken der Troika auftauchen, werden die Menschen die Banken stürmen, um ihr Ersparnis in Sicherheit zu bringen.“ Sahra Wagenknecht, *Die Linke*, 30.3. 2013

„Ältere Menschen zur Verzweiflung zu bringen, indem man ihnen das Gefühl gibt, ihren Kindern auf der Tasche zu liegen, ist das Schlimmste, das man ihnen antun kann.“ Peter Kaiser, *Landeshauptmann von Kärnten – ganz im Gegensatz zu seinem steirischen Amtskollegen*.

„Souveränität und Solidarität“ Motto der *Airpower 2013*, einem Waffenschieberspektakel mit Jahrmarktcharakter, das vornehmlich vom Land Steiermark finanziert wird.

„Eine Überprüfung des Einkommens im Gemeindebau ist nicht notwendig.“ *Wohnbaulandesrat Wolfgang Sobotka, ÖVP Niederösterreich*, *Die Presse* 22. 4.2 013

AUS DEM INHALT

Kahr und Kaltenegger für Sozialen Wohnbau.....	4
Übergabe Schönaugasse.....	5
Rezeptgebührenbefreiung.....	5
Parkgebührenerhöhung.....	6
Stirbt der Briefträger aus?.....	6
Weg mit dem Regress!.....	7
Aus dem Gemeinderat.....	8/9
Satire.....	10
Aus den Stadtbezirken.....	11-14
Interview zur ÖH-Wahl.....	15
Machtlos gegen den Tod.....	16
Kommentar C. Klimt-Weithaler	17
FOTOWETTBEWERB.....	18
ASV Puch.....	19
Sparbuchdiebe.....	20
Termine, Kleinanzeigen.....	21-23
Impressum.....	22

Wohnen auf Kasernengrund wird Wirklichkeit

FORDERUNG DER KPÖ WIRD REALISIERT – AUF WORTE FOLGEN TATEN



Das Projekt von Simon Speiger wird in Passivbauweise aus Holz errichtet. Im Herbst 2013 ist Baubeginn für 86 Wohnungen am Gelände der ehemaligen Hummelkaserne.

sps-architekten / Visualisierung: ht-vis

Seit im Jahr 2005 bekannt wurde, dass die Grazer Hummelkaserne aufgelassen werden soll, hat sich die KPÖ dafür eingesetzt, dass die Stadt Graz das Grundstück für den Bau von Gemeindewohnungen erwirbt. 12.000 Grazerinnen und Grazer unterstützten diese Forderung mit ihrer Unterschrift.

Dieser Einsatz hat sich gelohnt. Auf einem Teilareal der ehemaligen Hummelkaserne entstehen nun neue Gemeindewohnungen. Nicht irgendwelche Wohnungen. Das Projekt von Architekt Simon Speiger, das aus dem vom städtischen Wohnungsamt und der ENW ausgeschriebenem Wettbewerb als Sieger hervorging, besteht nämlich aus vier sechs-geschoßigen Häusern, die ab dem ersten Obergeschoß

in Holzbauweise errichtet werden! Sie zählen damit zu den größten Holzwohnbauten Österreichs.

Nachhaltig und leistungsfähig

Mit Mitteln der Steiermärkischen Wohnbauförderung werden so 86 neue Gemeindewohnungen zwischen 33 und 88 m² in Passivbauweise entstehen.

Vier der neuen Wohnungen sind behindertengerecht ausgestattet. Alle Wohnräume sind grundsätzlich südwestlich ausgerichtet und verfügen über großzügige Balkone und Terrassen.

Alle Wohnungen sind gleich aufgebaut und können innerhalb ihrer Grundstruktur durch flexible Veränderung der Zimmertrennwände leicht indivi-

dualisiert werden. Photovoltaikanlagen, Gemeinschaftsraum, überdachte Kinderwagen- und Fahrradstellplätze, Tiefgarage sowie Autofreiheit des Grundstückes sind weitere Charakteristika dieses richtungsweisenden Projektes. Der Baubeginn ist für Herbst 2013 vorgesehen.

„Die Hartnäckigkeit betreffend Erwerb des Areals der Hummelkaserne durch die Stadt Graz hat sich ausgezahlt. Wir können damit unseren zukünftigen Bewohnern hochwertige und leistbare Gemeindewohnun-

gen anbieten“, betonte Wohnungsstadträtin Elke Kahr.



„Wohnen auf Kasernengrund“ Übergabe der 12.000 Unterschriften im Parlament.

Andreas-Hofer-Platz – Öffentlicher Grund für Privatbau

Der Busbahnhof am Andreas-Hofer-Platz (Fischplatz) soll auf den Marburger Kai verlegt werden, Warum? Weil ein privater Investor den Platz verbauen will.

„Jahrelang hat man von Verschönerungsplänen für den Andreas-Hofer-Platz geredet. Stattdessen soll er jetzt zugestraft werden. Der Platz soll in Zukunft eine simple Adresse werden. Für Busreisende, Anrainer und den fließenden Verkehr am Marburger Kai wäre diese Entscheidung fatal“, so Bezirksvorsteher-Stellvertreter Alfred Strutzenberger.

Der Busbahnhof selbst liegt nach wie vor auf öffentlichem Grund. Dieser soll offensichtlich den Grazerinnen und Grazern sowie den Fahrgästen einfach weggenommen werden, um einem Privaten die Verbauung dieses geschichtsträchtigen Platzes zu ermöglichen. Hier ist das letzte

Wort noch nicht gesprochen, da die Auflassung von öffentlichem Grund erst vom Gemeinderat beschlossen werden muss. Es ist unglaublich, dass sich Bürgermeister Nagl hinter ein solches Projekt stellt. Der Bezirksrat Innere Stadt hat auf Initiative der KPÖ geschlossen gegen diese Pläne gestimmt. Auch im Gemeinderat hat die KPÖ einen Antrag dagegen eingebracht. „Der Busbahnhof muss bleiben wo er ist. Wenn die Verbauung des Andreas-Hoferplatzes nicht verhindert werden kann, so hat es die Stadt Graz in der Hand, dafür zu sorgen, dass der Busbahnhof Teil eines neuen Projektes wird“, zeigt sich Bezirksvorsteher-Stellvertreter Strutzenberger kämpferisch.

foto: weidinger



Verbauung eines städtischen Platzes? Man muss zugeben, dass der Andreas Hofer Platz mit dem Busbahnhof schöner und besser gestaltet werden könnte. Die Stadt Graz hat gemeinsam mit der Firma Acoton einen Wettbewerb ausgeschrieben und einem Projekt zum Sieg verholfen, das anstelle des Platzes einen Baukomplex vorsieht.

MEINUNG

Wohnungstadträtin Elke Kahr

Das Herz nicht ausschalten!



Liebe Grazerin! Lieber Grazer!

Landeshauptmann Voves hat den Pflegeregress im Landtag wörtlich „die zweitbeste Lösung“ genannt. Das beweist mir, dass er nicht Tag für Tag mit den vielen Menschen zu tun hat, die unter dieser unsozialen Belastung leiden und nicht wissen, wie sie sich ihr Geld einteilen können.

Das tägliche Leben ist etwas anderes als die kühlen Kalkulationen in der Landesregierung.

Wer stur am Pflegeregress festhält, nachdem er in Kärnten abgeschafft worden ist, kann noch so viel von sozialer Verantwortung reden: Er hat in diesem Fall das Herz ausgeschaltet.

Wir haben uns in den letzten Monaten der Sorgen vieler

Menschen angenommen. Der Regress kommt nämlich einer stillen Enteignung von Teilen der Bevölkerung gleich und er belastet das persönliche Verhältnis in der Familie. Er ist eine schlechte Lösung. Wir haben in diesen Tagen eine Unterschriftenaktion mit dem Titel „Weg mit dem Regress“ gestartet und demonstrieren am 1. Mai in Graz auch für diese Forderung. Die breite Front für einen besseren Weg in der Pflege, die sich in diesen Tagen gebildet hat, gibt mir die Hoffnung, dass auch bei SPÖ und ÖVP im Land das letzte Wort noch nicht gesprochen ist.

Ihre KPÖ-Stadträtin
Elke Kahr
Tel. 0316 / 872 / 20 60

bild: stadt graz



So sieht die Verbauung des Andreas-Hofer-Platzes im Modell aus. Die KPÖ ist gegen dieses Monsterprojekt, dem der Busbahnhof geopfert werden müsste.

KLEIN, aber MIT BISS



Die Spareinlagen
sind sicher – in Gefahr.

NUR EIN WAHLKAMPF-STROHFEUER?

Für leistbares Wohnen!



Im Nationalratswahlkampf entdecken die Regierungsparteien die Wohnungsnot.

wichtige Thema nach der Nationalratswahl wieder in den Tiefschlaf verfällt“, warnt Elke Kahr.

Demagogie

Gemeinsam mit dem ehemaligen KPÖ-Stadtrat und Landtagsabgeordneten Ernest Kaltenegger nahm Kahr bei einer Pressekonferenz zur im Nationalrats-Vorwahlkampf entfachten Diskussion zum Thema Wohnen Stellung.

„Die Demagogie in diesem Zusammenhang ist haarsträubend!“, so Kaltenegger. Tatsächlich sind es nämlich ÖVP und SPÖ, also jene, die in den vergangenen Jahren die Zweckbindung der Wohnbauförderung aufgehoben, die Wohnbautöpfe ausgeräumt und die Wohnbadaurlehen an Banken verkauft haben, die heute den Ist-Zustand am Wohnungsmarkt beklagen und die rasche Wiedereinführung der Zweckbindung fordern.

„Reiche“ Mieter?

Elke Kahr: „In Graz gibt es derzeit 1800 Ansuchen auf Gemeindewohnungen. Über 60% der Bewohner von Gemeindewohnun-

gen liegen mit ihrem Einkommen unter der Armutsgrenze. Viele Wohnungsbewerber in unserer Stadt sind Notfälle, Personen, die bei Freunden oder Bekannten untergekommen sind oder vorübergehend in sozialen Einrichtungen wohnversorgt werden“. Allerdings: „Den vermögenden Gemeindewohnungsmieter habe ich in Graz bisher noch nicht ausgemacht!“

Teure Kontrolle

Die Debatte um Vermögende in Gemeindewohnungen bezeichnen Elke Kahr und Ernest Kaltenegger daher als „verlogen“. „Diese löst nur Neid aus und dient dazu, von den wirklichen Verursachern der Misere abzulenken“, betont Kaltenegger. „Man müsste ganze Apparate zur Kontrolle beschäftigen. Diese Leute wären besser aufgehoben, würden sie die wirklich reichen Steuerhinterzieher kontrollieren. Auf diesem Gebiet herrscht nämlich Personalmangel!“, so der ehemalige Abgeordnete.

Stadt muss handeln!

Erst seit 2008 werden in Graz

wieder Grundstücke für Gemeindewohnbau angekauft. Davor herrschte jahrelang Stillstand. Insgesamt 500 Wohnungen werden demnächst fertiggestellt. „Die Koalition aus SP, VP und FP müsste aber wieder Geld für den Ankauf von Grundstücken reservieren. In den bisherigen Budgetverhandlungen gibt es jedoch diesbezüglich noch keine fixen Zusagen“, fürchtet Elke Kahr um die Fortsetzung des sozialen Wohnbaus in Graz.

Im Kampf gegen die Wohnungsnot macht nur eines Sinn: Wohnraum zu schaffen, den sich die Menschen auch leisten können!

Wohnbaumittel zweckwidmen!

Die Zweckwidmung der Wohnbauförderungsmittel wurde 2008 aufgehoben. Ein klares Bekenntnis aller Gemeinderatsparteien zur Zweckbindung der Wohnbauförderung forderte Manfred Eber (KPÖ) im Gemeinderat. Lediglich die Grazer SPÖ stimmte – ganz im Gegensatz zur Kampagne der Sozialdemokraten auf Bundesebene – dagegen. Alle anderen Parteien stellten sich hinter den Antrag der KPÖ.



Das fordert die KPÖ:

- Wohnbauförderung (1 Prozent der Lohnsumme) nicht für andere Zwecke missbrauchen!
- Kein Verkauf von Gemeindewohnungen in Graz
- Abschaffung der Richtwerte, Rückkehr zum niedrigeren Kategoriemietzins
- Keine Befristung von Mietverträgen
- Wertanpassung der Wohnbeihilfe (seit 2005 nicht valorisiert).
- Schaffung von leistbarem Wohnraum!
- Maklerprovisionen sollen Vermietern bezahlen
- Abschaffung der Vergebührung

Mieter-Notruf

Elke Kahr. KPÖ

Tel. 0316 **71 71 08**

**Beratung und Hilfe in allen Wohnungsangelegenheiten.
Mit KPÖ-Wohnungstadträtin Elke Kahr**

Wir überprüfen Mietverträge und Betriebskostenabrechnungen sowie die Rechtmäßigkeit und Höhe von Provisionen, wir beraten bei Schikanen durch Vermieter, Kündigungen und Räumungsklagen. Wir helfen, wenn es Probleme bei der Kautionsrückzahlung gibt, aber auch bei anderen Fragen rund ums Thema Wohnen.

Montag – Donnerstag bis 22.00 Uhr, an Wochenenden von 10.00 – 20.00 Uhr.

Thema Wohnen in Graz: Von der Suche bis zu Problemen und Streitfällen: Wenn Sie dazu Fragen haben, wenden Sie sich bitte an das Büro von Stadträtin Elke Kahr (Rathaus 2. Stock, Zi. 235, Tel. 0316 / 872-2060) oder an die städtische Wohnungsinformationsstelle (Schillerplatz 4, Tel. 0316 / 872-5450).

Modernste Qualität im Gemeindebau



Der erste Teil der sanierten städtischen Wohnhäuser (Schönaugasse 120 und 122) wurde übergeben

Gemeindewohnungen sind nicht nur leistungsfähig, sondern können auch modernsten Standards entsprechen. Die städtischen Wohnhäuser Schönaugasse 120 und 122 zeichnen seit neuestem ihr Passivhausstandard aus.

Stadträtin Elke Kahr: „Passivhausstandard bedeutet nicht nur weniger Emissionen, sondern auch niedrigere Heizkosten für die Mieter.“ Gemeinsam mit der GWS ist es dem städtischen Woh-

nungsamt gelungen, die schon sehr abgewohnten Häuser auf dieses hohe Niveau zu bringen. Es zeigt sich, wie wichtig die Wohnbauförderung des Landes Steiermark ist. Ohne sie wären nicht nur der Neubau, sondern auch die umfassenden Sanierungen von Gemeindewohnungen unmöglich.

Was bieten die neuen Gemeindewohnungen den Mietern noch? Neben neu zugebauten Balkonen, zeitgemäßen Nasszellen und einer

kontrollierten Wohnraumlüftung mit Wärmerückgewinnung gibt es Wärmedämmung, Lüftung und Fernwärme mit einer Solaranlage zur Unterstützung der Warmwasseraufbereitung. Im Rahmen einer kleinen Feier wurden nun den neuen und alten Mietern die Wohnungsschlüssel übergeben. Elke Kahr: „Ich wünsche den Bewohnern alles Gute in ihren neuen Wohnungen, und auch, dass sich eine gute Hausgemeinschaft entwickelt.“



LH-StV. Siegfried Schrittwieser und StR. Elke Kahr bei der Schlüsselübergabe

Wie hoch ist die Rezeptgebühr?

- 5,30 Euro für jedes rezeptpflichtige Medikament

Wer kann befreit werden?

- Wer ein Einkommen unter 837,63 Euro netto monatlich (Ehepaare, eingetragene Partnerschaften: 1.255,89 Euro netto) bezieht
- Empfänger von Arbeitslosengeld und Bezieher der Mindestsicherung, die monatlich bis zu 977,24 Euro erhalten, das entspricht einem AL-Bezug von weniger als 32 Euro täglich (Ehepaare, eingetragene Partnerschaften: 1.465,21 Euro)
- Für Personen mit Krankheiten oder Gebrechen, durch welche überdurchschnittliche Aufwendungen entstehen, gelten höhere Grenzbeträge: 963,27 Euro f. Alleinstehende, 1.444,27 für Ehepaare und EP (das entspricht 1.123,82 bzw. 1.684,99 bei Arbeitslosenzug)
- Erhöhung um 129,24 Euro pro Kind

Wo kann ich den Antrag auf Rezeptgebührenbefreiung stellen?

Bei der GKK per Post, Fax oder persönlich:

Steiermärkische Gebietskrankenkasse:
Josef-Pongratz-Platz 1, 8010 Graz, Tel: 0316 / 80 35-0
E-Mail: service@stgkk.at

- Pensionisten mit Ausgleichszulage sowie Personen, die ausschließlich die Mindestsicherung beziehen, sind von der Rezeptgebühr automatisch befreit

Was ist mitzubringen

- Ausgefülltes Antragsformular L68 (Download unter www.stgkk.at möglich)
- Einkommensnachweis vom Monat vor der Antragstellung
- Nachweis über Unterhaltsleistungen

Wer ist noch befreit?

- mitversicherte Angehörige

50% Erhöhung: Abkassieren bei Parkgebühren

Die Rathausstroika aus SPÖ/ÖVP und Verkehrsstadtrat Eustachio (FPÖ) plant eine Erhöhung der Parkgebühren um 50 Prozent – von derzeit 60 auf 90 Cent für eine halbe Stunde parken in der Kurzparkzone. Außerdem sollen nicht nur die gebührenpflichtigen Zeiten auf 22 Uhr ausgedehnt werden, auch die Bewohner/innen will man ordentlich zur Kasse bitten. Gleich 72,- Euro mehr, nämlich 240 statt bisher 168 Euro kostet dann die sog. „Bewohnerkarte“, also die Parkerlaubnis für Anrainer/innen. Eustachio begründet die drastische Erhöhung damit, dass sie einen positiven Lenkungseffekt habe.



„Das ist unseriös“, sagt **KPÖ-Gemeinderätin Ina Bergmann**.

„Angesichts der ständigen Erhöhungen bei den Tarifen für den öffentlichen Verkehr kann man die geplante Verteuerung wohl wirklich nicht als »Lenkungsmaßnahme« verkaufen. Es handelt sich schlicht um Abkassiererei“, so Bergmann.

STEIGENDE ARBEITSBELASTUNG BEI DER POST

Stirbt der Briefträger aus?

Das 63fache des Mindestlohns seiner Beschäftigten kassiert Post-Boss Georg Pölzl, Tendenz steigend. Kündigungen sind ein Erfolgsmaßstab bei der Post AG, eine menschenverachtende Personalpolitik ebenso.

Erinnern Sie sich noch? Ergrüßte stets freundlich, wusste alle Adressen auswendig, kannte jeden persönlich: der Briefträger. Seine Arbeit war geschätzt, seine Kompetenz allseits bewundert, seine Persönlichkeit anerkannt.

Gehetzte Postzusteller

Doch in den letzten Jahren hat sich das geändert. Begegnet man den Postzustellern, ist ihr Blick meist gesenkt, der Gruß hastig, die Miene gespannt.

Das ist aber kein Wunder! Denn seit dem Börsengang der Post im Jahr 2006 geht es bei der Post nur noch um eines: Effizienzsteigerung. Ausgetragen wird diese auf dem Rücken der Kunden und der Beschäftigten. Während Postkundinnen und –kunden immer weiter zu „ihrem“ Postamt pilgern müssen und im Postkastl immer öfter die Briefe von Nachbarn vorfinden anstatt ihrer eigenen, sind die Beschäftigten mit steigendem Druck, Mobbing, immer neuen Schikanen und Kündigungen konfrontiert.

GPS-Überwachung

Mit Jahresanfang wurde für die Zusteller/innen ein neues Zeiter-

Copyright: Österreichische Post AG



Schwerstarbeit. Freundliche Postler sind unter der täglichen Überbelastung selten geworden. Da hilft auch eine Wahl zum „Superpostler“ nicht.

fassungssystem mit GPS-Überwachung eingeführt. 12-Stunden-Dienste sind nach den neuen Durchrechnungsbestimmungen möglich, vertröstet man das Zustellpersonal doch auf einen Zeitausgleich im Sommer, wo ohnehin weniger zu tun sei. Wer sich auflehnt, dem droht Jobverlust.

Post-Boss Georg Pölzl hat sich auch für heuer wieder ein Ziel gesteckt: 500 Kündigungen sind für dieses Jahr geplant, 800 waren es im Vorjahr. Die Postamtsschließungen gehen weiter.

Soziales Mäntelchen

Damit nicht genug: Nachdem das Postmanagement auf der einen Seite zahlreiche Menschen um ihren Job gebracht hat, holt man sich diese zum Billigtarif wieder zurück und will sich damit noch ein soziales Mäntelchen umhängen: So titelte die Presse im Mai letzten Jahres in einer Beilage zum Thema „Social Entrepreneur“: „Die Österreichische Post unterstützt gemeinsam mit zahlreichen Partnern Arbeitssuchende bei deren Wiedereinstieg.“ Da konnte man lesen, dass die Post AG in ganz Österreich zu „einem starken Verbün-

deten für karitative Organisationen geworden“ sei. Denn sie helfe über ihre Postpartner Arbeitssuchenden beim Wiedereinstieg. Der „doppelte soziale Zweck“ bestehe darin, zum einen die Postversorgung in den Gemeinden zu sichern und zum anderen beim Wiedereinstieg zu helfen und Arbeitssuchende auszubilden. AMS und Länder zahlen fleißig mit.

Gewinne auf Kosten der Allgemeinheit

Anfang des Jahres gab das Postmanagement wieder eine Jubelmeldung heraus: 2013 konnte die Post-AG das Betriebsergebnis um 14,7 Prozent auf 125,6 Millionen steigern.

Aus einem Betrieb, dessen Aufgabe es war, die Bevölkerung mit Postdienstleistungen zu versorgen, ist ein Unternehmen geworden, der nur eines im Sinn hat: Profitmaximierung. Historisch gewachsene Strukturen werden zerschlagen, Leistungen eingeschränkt bzw. ganz eingestellt. Auf der Strecke bleiben Kundinnen und Kunden der Post genauso wie Beschäftigte. Wann erkennt die Politik endlich, dass man diesem Treiben Einhalt gebieten muss?



Weg mit dem Regress!

In der Steiermark haben Angehörige von pflegebedürftigen Personen und Bezieher/innen von Mindestsicherung ein hartes Los.

Bereits bei einem Einkommen ab 1286 Euro monatlich (1.500 Euro, wenn man kein Urlaubs- oder Weihnachtsgeld bezieht) müssen sie Kostenrückerstattung leisten. Eine Indexanpassung (Valorisierung) gibt es nicht. Auf andere Unterhaltsverpflichtungen (Kinder, Ehepartner) wird beim Regress keine Rücksicht genommen. Auch individuelle Notlagen bleiben unberücksichtigt.

Viele hilflose ältere Menschen sind verzweifelt, wenn sie erfahren, dass das Land ihre Kinder zur Kasse bittet, weil sie zum Pflegefall geworden sind!

Der Regress kommt einer stillen Enteignung der Betroffenen gleich.

Nach seiner Abschaffung in Kärnten ist der unfaire und unsoziale Regress für Angehörige nur noch in unserem Bundesland in Kraft!

Für Pflege und Gesundheit ist beim Land Steiermark angeblich kein Geld da. Seit 2010 wurde aber ein zweistelliger Millionenbetrag für Beratungsfirmen ausgegeben. Finanziert wird das mit der Schließung von Spitälern und dem Regress.



Petition an den Steiermärkischen Landtag:

Der Landtag wird aufgefordert, die 2011 eingeführte Kostenbeteiligungspflicht (Regress) für Angehörige von pflegebedürftigen Personen und Bezieher/innen von Mindestsicherung abzuschaffen.

Name	Adresse	Geb-Datum	Unterschrift



MEINUNG



Von Kurt Luttenberger, Arbeiterkammer-rat des GLB

Soziale Gerechtigkeit vor Kongressen und Wahlen

Im Juni findet der ÖGB-Bundeskongress statt, im Herbst sind Nationalratswahlen angesetzt.

ÖVP und SPÖ explodieren heuer förmlich vor Forderungen nach mehr sozialer Gerechtigkeit:

Wiedereinführung der Zweckbindung der **Wohnbaufördermittel** – kein Problem!

Sechs Wochen bezahlter Urlaub? – Warum nicht?

Soziale Verbesserungen für Frauen, Jugendliche, Pensionisten? – sowieso!

Verbesserter Zugang zu Bildung mit neuen zeitgemäßen Bildungsangeboten? – wurde ja immer schon verlangt.

Arbeitszeitverkürzung – sogar radikale AZV – darf auch nicht vergessen werden. Und so weiter und so fort.

Es wäre alles zu schön, um wahr zu sein. Skepsis ist ange-sagt: In der Steiermark bleibt bis auf weiteres der Pflegeregress bestehen.

Studiengebühren sind nach wie vor zu entrichten und die ÖVP hat auch schon erklärt, dass sie unter „leistbarem Wohnen“ vor allem den Verkauf von Eigentumswohnungen forcieren will. Und so weiter und so fort.

Reden wir im Herbst weiter. Denn dann wird man sehen, was danach an „sozialer Gerechtigkeit“ übrig bleibt, meint

Kurt Luttenberger, AK-Rat, GLB Steiermark

Direktorenauswahl: Mehr Mitsprache für Schulen!

Kritisch zum vorge-stellten Modell der Leiterauswahl für Pflicht-schulen äußert sich der KPÖ-Bildungssprecher Andreas Fabisch, früher selbst Mitglied des Kolle-giums des Landesschulra-tes. „Die Berufsbiografie der Kandidatinnen und Kandidaten war stets ein wichtiger Faktor der Be-



KPÖ-Schulsprecher Andreas Fabisch

urteilung. Weiters konnten Experten aus dem Schulbe-reich ihre Wertun-gen abgeben und beim Hearing an der Schule waren es Lehrer und Eltern, die um ihre Mei-nung gebeten wur-den“, erinnert der Bildungssprecher.

„Aber gerade letztere (also die „Experten“ vor Ort) werden bei dem neuen Modell kaum mehr berücksichtigt, obwohl gerade sie es sind, die mit der neuen Schulleitung täglich zu tun ha-ben werden und das Schulprofil am besten kennen. Dieses neue Bestellungskonzept bringt unter dem Anschein der Objektivierung in Wirklichkeit eine Entdemokra-tisierung mit sich!“, warnt Fabisch.

140 Jahre K&Ö – Fünf Jahre warten aufs Dach

140 Jahre Traditions Kaufhaus Kastner & Öhler. Das ist wahrlich ein Grund zum Feiern! Das findet auch Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch, der anlässlich der Feierlichkeiten herzlich gratulierte. Zugleich erinnerte er aber auch an ein Versprechen, das die K&Ö-Geschäftsleitung den Grazerinnen und Grazern gemacht hat, nämlich, sich im Zuge des Umbaus der Ge-

schäftsräumlichkeiten auch darum zu kümmern, dass das Dach ent-sprechend verkleidet und farblich an die Altstadt Häuser angepasst wird. UNESCO und Altstadtkom-mission hatten dies seinerzeit sogar zur Bedingung für die Zustimmung zum Umbau gemacht.

Seither ist bereits ein halbes Jahrzehnt vergangen, die verspro-chene Dachgestaltung wurde aber

immer wieder mit wechselnden Begründungen hinausgeschoben. „Das Jubiläumsjahr wäre eine güns-tige Gelegenheit, um das den Gra-zer/innen gemachte Versprechen wahr zu machen“, so Fabisch.



K&Ö Dach: So sollte es aussehen, aber Umgestaltung wird ständig hin-ausgeschoben.

„Haus Graz“ Höhere Kosten durch Ausgliederung

Die Ausgliederung kommunaler Leistungen im Rahmen des „Haus Graz“ haben der Stadt und der Bevölkerung nur Nachteile ge-bracht. Dies belegt der Prüfbericht des Stadtrechnungshofes: Obwohl man beim Personal gespart hat, sind Verwaltungs- und Betriebsaufwand stark angestiegen, im Verhältnis zu anderen Städten Österreichs sogar überproportional!



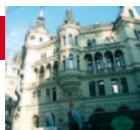
„Die Kosten sinken nicht automatisch, nur weil man im Personalbereich spart. Die Arbeit muss ja trotz-dem gemacht werden“, so KPÖ-Gemeinderätin Ina Bergmann. An die Stelle sicherer Arbeitsplätze sind prekäre Jobs getreten. Viele Arbeitsabläufe haben sich aufgrund der neuen Situation verkompliziert, weitere Leistungskürzungen zu Las-ten der Grazer sind zu befürchten.

TATORT
Arbeitsplatz **GLB**

Beratung in Fragen von ARBEIT und BERUF

Termine unter Tel. 0660 / 1426 080
E-Mail: glb@glb-steiermark.at • <http://www.glb-steiermark.at>

GEWERKSCHAFTLICHER LINKSBLOCK
STEIERMARK IM ÖGB



AUS DEM GRAZER GEMEINDERAT

Bus und Tram schon wieder teurer

Das Grazer Feinstaubproblem bleibt ungelöst. Dennoch schnellen die Preise für den öffentlichen Verkehr weiter in die Höhe.

Die Luftqualität im Grazer Becken lässt mehr als nur zu wünschen übrig, und die Feinstaubbelastung kommt nicht aus den Schlagzeilen. Wer deshalb meint, die Politik würde umdenken und den öffentlichen Verkehr leistbarer machen, irrt.

Preisexplosion

17 Prozent mehr als noch vor fünf Jahren soll man in Graz ab Juli

für den Einzelfahrschein bezahlen müssen. Die Erhöhung bei der Jahreskarte betrug im selben Zeitraum 72 Euro (umgerechnet 1000 Schilling) Die jährlichen Preisanstiege (siehe Tabelle) machen die Fahrkarten für immer mehr Grazerinnen und Grazer unerschwinglich.

Zugrunde liegt dem ein Vertrag, der den Verkehrsunternehmen eine jährliche Tarifierhöhung um die Inflationsrate plus 75 Prozent ermöglicht. Dass die Stadt Graz sich für eine Änderung dieses Vertrags stark machen soll, wurde schon vor zwei Jahren auf Antrag der KPÖ beschlossen. Geschehen ist bis heute nichts.

Attraktive Öffis!

Auch kleine Verbesserungen könnten Großes zur Attraktivierung der Öffis in Graz beitragen. In Städten wie Wien und Linz machen Kurzstrecken-Fahrscheine (meist für 4 bis 6 Stationen), die zum halben Preis angeboten werden,

die öffentlichen Verkehrsmittel für schnelle innerstädtische Fahrten attraktiv.

Für Einkäufe oder Behördenwege reicht die Stunden-Karte oft nicht aus. Deshalb werden viele Wege mit dem Auto zurückgelegt.

Die Ausweitung der Gültigkeit des Einzelfahrscheins von einer auf zwei Stunden könnte viele zum Umsteigen auf die Öffis bewegen. Immer wieder hat sich die KPÖ im Gemeinderat dafür eingesetzt, bisher leider erfolglos.



Kurzstreckenkarten

In Städten wie Wien und Linz gibt es Kurzstrecken-Fahrscheine (meist für 4 bis 6 Stationen) zum halben Preis. „Das sollte für die



„Feinstaub-Hauptstadt“ Graz eigentlich ein Vorbild sein“, sagt KPÖ-Gemeinderätin

Christine Braunersreuther.

62er auch sonntags!

„Wer in der Gradnerstraße wohnt, hat am Wochenende keinen Bus. Der 62er fährt samstags ab 14 Uhr sowie an Sonn- und Feiertagen gleich gar nicht!“ so der Hinweis von KPÖ-Gemeinderat

Christian Sikora.

Er fordert deshalb

eine Ausweitung der Betriebszeiten. Diese Buslinie, die vom Bahnhof Puntigam bis zur Carnerigasse führt, stellt eine optimale Nord-Süd-Anbindung dar. Außerdem sollte zwischen den Haltestellen „Gradnerstrasse-Industriepark“ und „Am Leopoldsgrund“ eine weitere Bushaltestelle errichtet werden.



LKH West bleibt

Die Privatisierung des LKH West – im Bild mit Stadträtin Elke Kahr beim Unterschriftensammeln gegen den Verkauf – ist (vorerst) abgewendet worden. Das ist ein großer Erfolg für den Betriebsrat und die Belegschaft, die sich mit tausenden Unterschriften dagegen gestemmt hat. Damit wurde vorerst die Versorgungssicherheit für die Bevölkerung aufrechterhalten. Schon jetzt sind Krankenhäuser überfüllt, und es gibt lange Wartezeiten auf Operationen. Glauben die Verantwortlichen im Ernst, dass sich die Zustände bessern werden, wenn es weniger Spitalsbetten gibt?





SATIRE
von Günter Eichberger

EINGEBETTETER JOURNALISMUS

Diese Unterredung hat selbstverständlich nie stattgefunden. Als Politikerin muss man in diesen Zeiten des Misstrauens und der Sensationslüsternheit immer darauf bedacht sein, dass es nicht zu Missverständnissen kommt. Was ich Ihnen anbiete, ist eine Inseratenkampagne. Tue Gutes und lasse andere gut darüber reden. Mein Motto seit je. Im Krieg gibt es den eingebetteten Journalisten, im Frieden kann das auch von Vorteil sein, weil Sie dann über Hintergrundinformationen verfügen können, die sie außerhalb des Bettes nicht bekommen könnten. Das ist mitnichten Bestechung, das ist eine inoffizielle Serviceleistung der zuständigen Stellen. Natürlich ist die Voraussetzung eine gewisse positive Grundtendenz der Berichterstattung. Das heißt nicht, dass in die redaktionelle Hoheit eingegriffen werden soll, beileibe nicht. Aber das dürfte ohnehin kein Problem sein, wenn ich in den Pressespiegel schaue. Sie sind uns auf sympathische Weise gewogen, wenn ich das so sagen darf.

Ja, es ist ein epochales Projekt.

Günter Eichberger studierte Germanistik und Anglistik und lebt als freier Schriftsteller in Graz. Seit seinem Debütroman „Der Wolkenpfleger“ veröffentlichte er neben Theaterstücken und Hörspielen auch eine Reihe von Prosabänden.

Die Reformpartnerschaft ist eine Regierungsform, die über die großen sozialen Konflikte ohne ideologische Scheuklappen hinwegregiert. Kleinliche Proteste über Kürzungen nimmt sie nicht zur Kenntnis, da es ihr um das große Ganze geht, die Sanierung der Landesfinanzen. Man muss den Menschen vermitteln, dass sie Zeugen eines historischen Moments werden: Die Klassenkämpfe ruhen, die Geschichte, wie wir sie zu kennen glaubten, kommt an ihr Ende. Denn die Reformpartner steigern die Sozialpartnerschaft in eine Sanierungsgemeinschaft, in der es keine Tabus gibt. Wo im Sozial- und Gesundheitsbereich gespart werden kann, wird gespart, koste es die Betroffenen, was es wolle. Das Gemeinwohl wird neu definiert als Gemeinheit zum Wohl der Staatskasse.

Das ist Musik in Ihren Ohren? Da können Sie nur frohgemut zustimmen? Da spitzen Sie schon Ihre Bleistifte und schärfen Ihre Federn, um alles in diesem reformpartnerschaftlichen Sinn zu kommentieren? Dann brauchen wir gar keine Inserate, denn Sie sind in diesem Bunde der mediale Dritte.

So sparen Google, Apple & Co.

Steuerzahlen, das finden die Chefs von Konzernen wie Google und Apple gar nicht prickelnd. Google beispielsweise transferiert einen Großteil seiner Gewinne auf die Bermudas. Damit ist es 2011 gelungen, nur 3,2% an Steuern abzuliefern. Auch Apple

bedient sich einer komplizierten Steuer-Vermeidungskonstruktion. Nur 2% der Gewinne hat Apple an den Fiskus bezahlt. „Das nennt man Kapitalismus“, soll Google-Chef Eric Schmidt stolz gesagt haben. Wir nennen es Diebstahl an der Allgemeinheit.



Unter dem Motto „(Ar)mut ist weiblich“ demonstrierten Frauen am internationalen Frauentag in der Grazer Herrengasse. Zahlreiche rote Nelken wurden verteilt und zauberten ein Lächeln in viele Frauengesichter. Mit Transparenten machten die KPÖ-Frauen auf diverse Ursachen von Frauenarmut aufmerksam. Zugleich wollten sie aber auch anderen Frauen Mut machen, gemeinsam für die Rechte von Frauen einzutreten.



Ragnitzbad erhalten

Für die unbedingte Erhaltung des Ragnitzbades sprach sich KPÖ-Gemeinderat Andreas Fabisch in der März-Sitzung des Gemeinderates aus: „Das Bangen um die Zukunft dieser Freizeitoase muss ein Ende haben. Die Stadt

Graz soll sich dazu bereiterklären, die notwendigen Sanierungen abzudecken. Noch besser wäre es, wenn die Stadt die Anlage gänzlich übernehmen würde, um den Bestand des Ragnitzbades endgültig zu sichern.“



Aktuelles aus den Grazer Bezirken

LEND



Kurze Grünphasen am Lendplatz

Eine viel zu kurz geschaltete Grünphase bei der Fußgängerampel zwischen dem Gasthaus Lendplatzl und der Libro-Filiale macht es unmöglich, die Straße auf einmal zu überqueren. Stattdessen müssen die Fußgänger auf der Verkehrsinsel auf eine neuerliche Grünphase warten. KPÖ-Bezirksvorstellvertreter Christian Carli bemüht sich um Abhilfe.

Wüste Müllsammelstelle

In der Zeillergasse/Höhe Dornegasse befindet sich eine öffentliche Müllsammelstelle, die sehr stark benutzt wird, weshalb die Müllcontainer zeitweise

Christian Carli



zum Bersten voll sind. Viele Abfälle (vor allem Altpapier, Plastik, Dosen, und leider auch Sperrmüll) werden daher neben den dafür vorgesehenen Containern abgestellt. Krähen, Ratten und Wind sorgen dafür, dass der Müll weit über die Sammelstelle hinaus „getragen“ wird. Dadurch wird vor allem der sich in unmittelbarer Nähe befindliche Schleifbach stark in Mitleidenschaft gezogen und verunreinigt. Neben einer regelmäßigeren Entleerung der Container wäre eine Einhausung der Müllsammelstelle dringend nötig.



JAKOMINI

Erste KPÖ-Bezirksvorsteherin in Österreich!



Edeltrud Taschner

Der für die KPÖ sehr erfreuliche Ausgang der Grazer Gemeinderats- und Bezirksratswahlen im November 2012 hat es mit sich gebracht, dass die KPÖ erstmalig in Österreich eine Bezirksvorsteherin stellt: Edeltrud Taschner wird im Bezirk Jakomini dieses Amt bekleiden, alternierend mit der SPÖ und den Grünen. Das „Grazer Stadtblatt“ gratuliert!

Sprechstunden: Montag 14 bis 15 Uhr und nach Vereinbarung (Tel.: 0664 – 54 333 87), Servicestelle C.v.Hötzendorfstraße (beim Ostbahnhof)

Gleisbauarbeiten in der Jakoministraße

Am 8. April hat die sehr gut besuchte Stadtteilversammlung zum Thema „Gleisbauarbeiten in der Jakoministraße“ stattgefunden. KPÖ-Bezirksvorsteherin Edeltrud Taschner ist in ihrer Eröffnungsrede auf die Fragen und Anliegen der Bevölkerung eingegangen, die an sie herangetragen wurden: Die Anrainer werden mit einer Beeinträchtigung ihrer Lebensqualität während der Bauarbeiten konfrontiert sein. Seitens der Holding Graz hat man mit der täglichen Arbeitszeiteinteilung auf entsprechende „Ruhezeiten“ in den Nacht-

stunden Rücksicht genommen.

Die Wirtschaftstreibenden befürchten durch die Gleisbauarbeiten Umsatzeinbußen, für die es keinen Ersatz gibt. Es gab auch viele Klagen über Erschütterungen und Lärm, den die Variobahnen verursachen. Die Holding hat den Einbau von entsprechendem Dämmmaterial in der Jakoministraße und kontrollierende Messungen versprochen. Taschner: „Den Forderungen nach einer Fußgängerzone und einem Radweg wurde bisher zu wenig Rechnung getragen.“

STRASSGANG

Stadtteilversammlung

Das geplante Wohnprojekt „Green City“ lässt die Wogen in Strassgang weiterhochgehen. In einem gemeinsamen Antrag hat der Bezirksrat Strassgang nun die Abhaltung einer Stadtteilversammlung für die Bewohner/innen der Umgebung gefordert. „Die

Menschen fühlen sich mit ihren Sorgen alleingelassen. Sie fürchten sich vor noch mehr Verkehr und einer weiteren Verschlechterung der Luftqualität in Webling“, spricht Bezirksrätin Ruth Masser nur einige der Bedenken der Bevölkerung an.

MARIATROST

Fußweg zur Straßenbahn

Durch die Verbauung des unteren Lindenhofs vor einigen Jahren gibt es keinen direkten Fußweg zur Straßenbahn und zur Schule St. Johann, hunderte Bewohner des Lindenhofs müssen einen gewaltigen Umweg in Kauf nehmen oder durch den Wald gehen. KPÖ-Gemeinderat Andreas Fabisch: „Es ist allerhöchste Zeit, den Bewohnern eine alternative Lösung anzubieten!“



Murufereinigungsaktion

Die alljährliche Murufer-Reinigungsaktion der Stadt Graz fand unter Beteiligung von KPÖ-Mandataren statt: Elke Kahr, Edeltrud Taschner, Lubomir Surnev und Wolfgang Gollner nahmen an der heurigen Murufer-Säuberung teil.

GEIDORF



Verkehrssituation
Auerspergasse

Problematische Verkehrssituation in der Auerspergasse: Notwendige Parkplätze fehlen, Tempobeschränkungen werden oft ignoriert, und ein Zebrastreifen wird dringend benötigt. KPÖ-Gemeinderat Andreas Fabisch brachte einen Antrag im Gemeinderat ein.

KPÖ FÜR BUSSE ZWISCHEN UNI UND TU

Die zwei großen Grazer Hochschulen, Technische und Karl Franzens-Universität, wachsen immer mehr zusammen. Viele naturwissenschaftliche Studien müssen schon jetzt auf beiden Unis absolviert werden. Die Verbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln trägt dem jedoch bislang nicht Rechnung: „Für Studierende ist es oft schwer, rechtzeitig von einem Kurs auf der KF zum nächsten auf der TU zu kommen“, erklärt **Hanno Wisiak** von der KPÖ Geidorf.

Ein Shuttlebus, der zu den Kernzeiten des Lehr-

veranstaltungs- betriebs zwischen der Karl-Franzens-Universität und den Standorten der TU in der Rechbauerstraße, der Kopernikusgasse, der Petersgasse und der Infeldgasse verkehren würde, könnte zur Lösung des Verkehrs- und Zeitproblems der Studierenden beitragen.

Entsprechende Anträge brachte die KPÖ in den Bezirksräten in Geidorf und St. Leonhard ein. Während sich in Geidorf alle Parteien hinter das Anliegen stellten, stimmte die SPÖ in St.



Hanno Wisiak



Andreas Nitsche

Leonhard dagegen. „Dass sich die SPÖ der Verbesserung der Verkehrssituation im Bezirk verweigert, ist erschütternd“, sagt **Andreas Nitsche** von der KPÖ St. Leonhard. Er setzte sich schon als Vertreter des Kommunistischen StudentInnenVerbands (KSV) seit 2007 für eine solche Linie ein.

EGGENBERG

Herbersteinstraße: Bürger fordern Verkehrsberuhigung

Die Thaddäus-Stammel-Straße, der Eppensteineweg und die Josef-Poestion-Straße wurden vergangenes Jahr auf Wunsch der Bevölkerung in Wohnstraßen umgewandelt. Nun verlagert sich der Verkehr in die Herbersteinstraße, die als Durchzugs-

und Parkstraße von Auswärtigen stark frequentiert wird. **KPÖ-Gemeinderat Christian Sikora** fordert von den Verkehrsexperten der Abteilung für Verkehrsplanung eine Überprüfung der Verkehrssituation, um geeignete Maßnahmen zur Verbesserung zu erarbeiten.

WALTENDORF

KPÖ-Bezirksrätin Margitta Kaltenegger setzte sich im Bezirksrat für die Installation einer Sitzbank am Ragnitzbach auf Höhe Kohlbachsiedlung ein.

Sanierung und Verkehrsberuhigung der Argenotstraße sowie der Neubau der Brücke über den Ragnitzbach haben den Fehler, dass es keinen Gehweg und auch keine Fahrbahnmarkierung gibt und damit besonders Kinder gefährdet sind. Kaltenegger schlägt vor, hier Abhilfe zu schaffen.

Bahnübergang Trattfelderstraße darf nicht geschlossen werden!

Gegen eine Sperrung des für viele Fußgänger und Radfahrer wichtigen Bahnübergangs Trattfelderstraße, welche für die vielen Anrainer/innen einen enorm langen, unzumutbaren Umweg über den Grillweg oder über die Kärntnerstraße zur Folge haben würde, setzte sich Gemeinderat **Christian Sikora** im Gemeinderat ein.



ST. PETER

Gefährliche Kurve

Eine 85 Grad scharfe Kurve bereitet den Bewohnern der Liegenschaft Petersbergenstraße 31 d große Sorgen, denn obwohl hier Tempo 30 gilt, rasen immer wieder Autos mit überhöhter Geschwindigkeit durch die Straße, in der es keinen Gehsteig gibt, und bringen so andere Verkehrsteilnehmer in Gefahr. Der von der Hausgemeinschaft in Eigenregie angebrachte Verkehrsspiegel wurde bereits „niedergeführt“. „Nicht auszudenken, was passiert wäre, wenn eine Mutter mit ihrem Kind an dieser Stelle gewesen wäre!“, gibt **Bezirksvorsteher-Stv. Gert Kosmus** zu bedenken. Sein Antrag im Bezirksrat, die 30er Zone vor und nach der Kurve besser zu kennzeichnen und verstärkte Geschwindigkeitsmessungen durch die Polizei durchzuführen, soll zur Entschärfung der Situation beitragen.

INNERE STADT

Verkehrsgarten adieu?



Der Verkehrserziehungsgarten im Stadtpark soll geschlossen werden. Offiziell werden Umgestaltungspläne für den gesamten Stadtpark als Grund für dieses Vorhaben angeführt. Der Verkehrserziehungsgarten grenzt direkt an ein Bauprojekt für Luxuswohnungen am Pfauengarten. Von dort soll ein – von der Stadt finanzierter – Lift in den Stadtpark gebaut werden. **KPÖ-Bezirksrätin Heide Bekhit**: „Ein Schelm, wer denkt, dass es hier einen Zusammenhang geben könnte!“ Alle Fraktionen im Bezirksrat Innere Stadt haben sich dem KPÖ-Antrag gegen die Schließungspläne angeschlossen.

WETZELSDORF

KPÖ-Bezirksrat
Günther Leber

**Gehsteig in der
Wetzelsdorfer
Straße**

Jahrzehntelang hat sich der Wetzelsdorfer Bezirksrat um einen Gehsteig entlang der Wetzelsdorfer Straße bemüht, nun wird es endlich ernst: Durchlaufend nördlich der Straße von der Alten Poststraße bis zum Kienz-Kreuz ist nun ein Gehsteig geplant, leider – aufgrund von Budgetschwierigkeiten – ohne Unterführung der GKB. Zwei Ablösen ste-

hen noch aus, das Budget steht, und heuer oder 2014 sollte Baubeginn sein. **KPÖ-Bezirksrat Günther Leber:** „Es ist zu hoffen, dass die verantwortlichen Stellen vom Land Steiermark diesen notwendigen Bauauftrag endlich durchführen.“

**Dicke Luft in
Wetzelsdorf**

Die jetzt schon überlastete Straßganger Straße soll weiter belastet werden: In Thal soll eine Deponie für Bauschutt entstehen, über 400.000 Kubikmeter Schutt sollen dort hingekippt werden. Täglich werden LKWs vollbepackt mit Staubmüll aus der Mahlanlage in Seiersberg durch die Straßganger Straße über die Steinbergstraße nach Thal rollen, die grüne Lunge rund um Graz ist gefährdet! KPÖ-Bezirksrat Günther Leber ruft zum Widerstand auf.

GÖSTING**BEDENKEN NACH
KAHLSCHLAG**

Nach der Zerstörung von Waldflächen nahe der Ruine Gösting besteht Erosionsgefahr. Auch Quellen sind gefährdet.

Rund um die Ruine Gösting wurden große Waldflächen gerodet. Eigentümer Hubert Auer will dort einen Weingarten anlegen. Die Forstbehörde hat die Rodungen genehmigt – wenn auch erst in zweiter Instanz. Die Genehmigung erfolgte, obwohl eine Reihe von Bedenken nicht ausgeräumt werden konnten. So drohen

Erosionen, da nach der Abholzung die Befestigung des Erdreichs am Steilhang nicht mehr gegeben ist. „Bei starken Regenfällen können Schlamm und Erde abgeschwemmt und bis in die Thalstraße gespült werden“, bestätigt der Grazer Naturschutzbeauftragte, Dr. Wolfgang Windisch.

Dass der Nachbarwald „naturschonend“ gepflegt und einige Bäume gepflanzt werden müssen, sei keine geeignete Ausgleichsmaßnahme für die massive Zerstörung

von Waldflächen. Überhaupt befürchtet Windisch Schlimmeres, wenn der Waldmantel erst einmal aufgerissen ist. Was Hubert Auer langfristig vorhat, verrät er nicht. Zu befürchten ist, dass das naturnahe Erholungsgebiet zum Eventgelände umfunktioniert wird.

„Es ist unbegreiflich, wie dieses Vorhaben genehmigt werden konnte“, fasst KPÖ-Gemeinderätin **Martina Thomüller, Umweltsprecherin der Grazer KPÖ**, zusammen.



Schreiben Sie uns Ihre Meinung:
KPÖ-Graz, Elke Kahr,
Lagergasse 98a, 8020 Graz,
Fax 0316 / 71 62 91; Tel. 0316/ 71 24 79
E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at

LANDWIRTSCHAFTSCHULE ALT GROTTENHOF ...

... ein Naherholungsgebiet für die Straßganger und Wetzelsdorfer Bevölkerung.

Nicht jede Stadt hat eine landwirtschaftliche Fachschule – nicht jede landwirtschaftliche Fachschule öffnet ihre Flächen für die Bevölkerung. Die Wege durch das landwirtschaftliche Gebiet von Alt Grottenhof im Westen von Graz werden von der Schule freiwillig offen gehalten und haben einen immensen Erholungswert für die Menschen in diesem Gebiet. Leider halten sich

aber einige Spaziergänger und Hundehalter nicht an die vorgegebenen Regeln und verursachen damit zum Teil beträchtliche Schäden. Getreide das nicht wachsen kann, weil es niedergetrampelt wird und Totgeburten bei Rindern durch Hundekot sind die traurige Bilanz dieser Missachtung. Sind nämlich Neospora-Parasiten im Hundekot enthalten, bleiben diese lange an den Gräsern haften. Werden diese verunreinigten Gräser von den Kühen mitgefressen, kann dies zu den genannten Totgeburten führen.

Daher eine Bitte an alle, die das Gebiet um die landwirtschaftliche Fachschule lieben und nutzen wollen: Betreten Sie keine Ackerflächen, halten Sie Ihren Hund an der Leine und nehmen

Sieden Hundekot im Sackerl bis zum nächsten Restmüllbehälter mit. Und an jene, die Hunde nicht mögen – mit Giftködern werden keine Probleme gelöst, damit werden nur die Tiere gequält!

**Wanderwege ver-
sperrt**

GÖSTING. „Unter dem Vorwand, um die Sicherheit der Wanderer besorgt zu



sein, wurden in der jüngsten Vergangenheit bereits mehrere Wanderwege einfach abgesperrt“, macht **Bezirksrat Gerhard Strohriegl** auf einen Missstand aufmerksam, der in Gösting zunehmend spürbar ist. „Dadurch wird den Menschen nach und nach der Zugang zur Natur verwehrt“, so der Bezirksrat.

GASTKOMMENTAR

Schutzverein Lebensraum Steinbergstraße

Ehrlichkeit gefragt!

Bereits jetzt schwer belastet sind die Anrainer der Steinbergstraße. Wenn die Bauschuttdeponie in Thal kommt, drohen täglich 80 zusätzliche LKW-Durchfahrten.

Die RMC Röthelsteiner Mineral Consulting GmbH, Mixnitz, beantragt die Genehmigung und den Betrieb einer der größten Bau-restmassendeponien in der Steiermark, nur 1,5 km nach der Grazer Stadtgrenze in der Gemeinde Thal. Bewilligungszeitraum 20 Jahre, Deponievolumen 480.500m³.

Dafür sollen 80.000 m² wertvoller Wald, im Landschaftsschutz- und IG-Luftgebiet gelegen, gerodet werden. Ein Gebiet mit geschützter Flora, Hangrutschungen, zahlreichen Hausbrunnenanlagen. Der Hauptverkehrsweg wird durch die westlichen Grazer Wohnbezirke über die steile, schmale (zwei Haarnadelkurven) Steinbergstraße 1,5 km nach der Stadtgrenze Graz in den Wald führen. Im Umgebungsgebiet (ausgewiesen als Naherholungsregion) befinden sich bekannte und beliebte Freizeit- und Naherholungseinrichtungen. Der geplante Deponiestandort weist eine besondere und naturschutzrechtlich geschützte Flora aus.

Verkehrsbelastung

Jüngste öffentliche Aussagen des Projektwerbers sind erschütternd! In einem kürzlich gesendeten ORF Bericht „Steiermark Heute“ erklärte der Projektwerber, „dass

mit 10-15 Lastwagenfahrten pro Tag zu rechnen sei, die aber weder hör- noch wahrnehmbar seien.“ Der Wahrnehmungskraft dieses Herrn ist wohl entgangen, dass bereits in der mündlichen Verhandlung am 28.1.2013 der Amt-sachverständige für Erschütterung und Verkehrslärm feststellte, dass von täglich 40 Anlieferungen (über die Dauer von 20 Jahren) auszugehen ist. Der Schallleistungspegel der mindestens 12 Tonnen LKWs wird von ihm mit 104dB beziffert. Eine exakte Kontrolle dieser Fahrbewegungen wird wohl kaum möglich sein, sodass mit darüber hinausgehenden Fahrten sicher gerechnet werden muss.

Unterschriftensammlung

1900 Unterschriften der Bürgerinitiative zur Erhaltung der natürlichen Landschaft entlang der Steinbergstraße können nicht irren: Mit Nachdruck soll die Politik ersucht werden, einen regionalen Abfallwirtschaftsplan zu entwickeln, statt Deponierestmassen bergwärts, mit massiven weiteren Umweltbelastungen – Feinstaub, CO₂ und Lärm - für das bewohnte Gebiet, zuzulassen.

Giftmüllexpress**Abfälle richtig entsorgen!**

Giftige Abfälle wie alte Batterien, Energiesparlampen, Farben, Reinigungsmittel, Spraydosen, Säuren oder Medikamente müssen richtig entsorgt werden. Alt Speiseöl und -fette sind zwar nicht giftig, dürfen aber trotzdem nicht in den Kanal, da sie den Abfluss und das Kanalsystem verstopfen können.

Zur Entsorgung von Problemstoffen gibt es in Graz – neben den fixen Sammelstellen – den Giftmüllexpress. Der bunte LKW fährt jede Woche rund 10 Stationen an und nimmt zwei Stunden lang den Abfall entgegen. An 65 Standorten werden je sechs Mal pro Jahr Abfälle entgegengenommen.

Es können nun auch Klein-Elektroaltgeräte, wie Zahnbürsten, Mixer, Bohrmaschinen usw. abgegeben werden.

Alle Termine und Haltestellen gibt es zum Nachlesen auf: www.oekostadt.graz.at.

Fixe Sammelstellen:

Problemstoffe können ständig (zu Geschäftszeiten) entsorgt werden:

- **Recyclingcenter der Holding Graz, Sturzgasse 8**
- **Feuerwache Lendplatz und Feuerwache Dietrichsteinplatz**
- **Sammelstelle Neufeldweg 219**
- **Verein BAN, Ungergasse 31**

**ZVP
Zentralverband der
Pensionisten****SPRECH-
STUNDEN**

MO. bis FR. von
10 bis 12 Uhr
Lagergasse 98a, 8020 Graz

E-Mail: zentralverband@gmx.at

☎ **0316/ 71 24 80**

Voranmeldung erbeten.

Wir helfen bei:

- Anträgen auf **Pflege-geld**
- Antrag für eine „einmalige Unterstützung“
- **Pensionsanträgen** wie Alterspension, Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension, Hinterbliebenenpension wie Abfertigung und Abfindung
- anderen Unterstützungen; Gebührenbefreiungen
- anderen Problemen

**Jeden Donnerstag
gemütlicher
Nachmittag im
Volkshaus Graz**

REISE:

Zentralverband der
Pensionisten

Baška, Insel Krk
16. bis 21. Juni 2013**6-Tages-Fahrt
nach Kroatien
mit Halbpension**

€ 310,-

pP im Doppelzimmer
Einzelzimmer € 350,-

Anmeldungen unter

Tel. 0316/71 24 80
(10 -12 Uhr)

E-Mail: zentralverband@gmx.at

„Studieren kann krank machen“

14. bis 16. Mai:
ÖH-Wahl 2013

Der Alltag von Studierenden wird immer härter. Zum Leistungsdruck auf der Uni kommen immer mehr finanzielle Probleme. KSV-Spitzenkandidatin Sara Noémie Plassnig im Stadtblatt-Interview.

Provokant gefragt: Gemeinhin glaubt man, dass Studierende primär viel fortgehen und lang schlafen. Stimmt das?

Sara Noémie Plassnig: Die Vorstellung von einer unbeschwerten Studienzzeit stimmt definitiv nicht. Über 60 Prozent müssen nebenher arbeiten, um sich das Leben und die Wohnung zu finanzieren. Meistens machen sie Jobs, die nichts mit dem Studium zu tun haben – zum Beispiel in der Gastronomie.

Wo genau drückt denn der Schuh?

Plassnig: Praktisch überall. Das Wohnen wird immer teurer. Die Landesregierung hat die Wohnbeihilfe gekürzt. Oft haben Vermieter keine Skrupel, Studierende in Wohngemeinschaften auszunehmen. Dass das Leben immer teurer wird, liegt auf der Hand. In vielen Studienrichtungen muss man sich teure Lernunterlagen besorgen. Das kann schon einmal einige Hundert Euro ausmachen. Dazu kommt der in Graz vergleichsweise teure öffentliche Verkehr.

Und das beeinflusst das Studienverhalten?

Plassnig: Genau. Wer bis spät in die Nacht arbeiten muss, kann sich am nächsten Tag schwer aufs Lernen konzentrieren. Das führt nicht selten dazu, dass man bei einer Prüfung fliegt, die Familienbeihilfe verliert, Studiengebühren bezahlen muss und dadurch gezwungen ist, noch mehr zu arbeiten. So entsteht schnell ein Teufelskreis, der leider für viele im Studienabbruch endet.

Der Leistungsdruck auf den Unis wird auch immer stärker, hört man. Wie kann man sich das vorstellen?

Plassnig: Weil die Unis finanziell aus dem letzten Loch pfeifen, versuchen sie, gleich zu Beginn viele Studierende wieder loszuwerden. Mit der sogenannten „Studieneingangs- und Orientierungsphase“ (StEOP) gelingt das recht gut. An ihrem Ende stehen zumeist große Überblicksprüfungen, bei denen oft mehr als die Hälfte durchfallen. Die StEOP ist also nichts anderes als

eine Zugangsbeschränkung durch die Hintertür.

Was sind die Konsequenzen daraus?

Plassnig: Der Leistungsdruck und die finanziellen Belastungen führen vielfach zu Versagensängsten und dazu, dass laut Studierendensozialerhebung satte 45 Prozent der Studierenden angeben, an studienerschwerenden psychischen Belastungen zu leiden. Studieren ist oft Schwerstarbeit – unter gewissen Umständen sogar gesundheitsgefährdend!

Gibt es Strategien, wie man dem entgegenwirken könnte?

Plassnig: Wichtig ist, dass man zusammenhält. Alle Studierenden stehen ja vor den gleichen Problemen. Das Tauschen von Skripten oder das gemeinsame Lernen sind Kleinigkeiten, die den Studien-

alltag aber erheblich erleichtern können. Man muss aber auch dazu bereit sein, für seine Rechte auf die Straße zu gehen. Erst vor kurzem haben wir mit einer Unterschriftenaktion, an der sich mehr als 2.600 Menschen beteiligt haben, die Verantwortlichen dazu gebracht, den Mobilitätsscheck für die Öffis in Graz doch nicht zu streichen.

Und trotz alledem bist du im KSV aktiv?

Plassnig: Sicher! Wenn man sich alles gefallen lässt, wird es immer schlimmer. Und der KSV ist die einzige Organisation, die sich wirklich für die Interessen der Studierenden einsetzt.

Sara Plassnig (19) studiert Rechtswissenschaft und ist Spitzenkandidatin des Kommunistischen Student/innenverbandes bei den Hochschülerschaftswahlen von 14. bis 16. Mai. „Wenn man sich alles gefallen lässt, wird es immer schlimmer. Und der KSV ist die einzige Organisation, die sich wirklich für die Interessen der Studierenden einsetzt.“



Machtlos gegen den Tod, aber nicht gegen Behörden

Hilfe bei Begräbniskosten

Wenn man einen Todesfall in der Familie hat, hat man zusätzlich zu Trauer und Schmerz auch vieles zu organisieren und vor allem hohe Begräbniskosten zu tragen.

Schon ein einfaches Begräbnis kostet zwischen 2000 und 3000 Euro. Wenn der Verstorbene nicht selbst vorsorgen konnte und die Verwandten nur kleine Einkommen haben, kann dies zu einer großen Belastung für die Angehörigen werden.

Im Steiermärkischen Sozialhilfegesetz ist unter § 14 Bestattungsaufwand ganz klar geregelt: „(1) Als Leistung der Sozialhilfe sind die Kosten einer einfachen Bestattung zu übernehmen, soweit sie nicht aus dem Nachlass getragen werden können oder von anderen Personen oder Einrichtungen auf Grund gesetzlicher, statutarischer oder vertraglicher Verpflichtung zu tragen sind.“

Soweit das Gesetz. Leider

ist die Praxis oft eine andere: In der Steiermark leben rund 45.000 Mindestpensionisten und Mindestsicherungsbezieher, viele Angehörige beziehen ebenfalls nur geringe Einkommen und können die Bestattungskosten nicht bewältigen. Oftmals werden die Anfragen nach Übernahme der Begräbniskosten am Gemeindeamt oder in der Bezirkshauptmannschaft negativ beantwortet. „Sowas gibt's nicht“ ist eine oftmals erteilte Antwort. Dies ist verwunderlich, da der Gesetzestext eindeutig formuliert ist.

Jedem, der betroffen ist, kann nur geraten werden, sich über Rechtsansprüche zu informieren und darauf zu bestehen, dass geltendes Recht auch in der Steiermark zur Anwendung kommt! Wir haben seitens der Sozialberatung der KPÖ einige Nachzahlungen erreichen können – auch wenn die Verfahren langwierig waren.

Im Allgemeinen gilt:

Menschen mit geringem

Einkommen (Pension mit Ausgleichszulage, Mindestsicherung) können nach § 7 Abs. 2(a) Z.3 auch einen Antrag auf einmalige Unterstützung stellen, sofern sie in Not sind: Wenn E-Herd, Boiler, Kühlschrank oder Waschmaschine kaputt sind, Mieten- oder Stromrückstand besteht oder auch wenn Angehörige bestattet werden müssen.

- Stellen Sie einen schriftlichen Antrag.
- Stellen Sie den Antrag auf einmalige Unterstützung nach § 7, Abs 2, lit a, Z.3 SHG
- Bestehen Sie auf die Ausstellung eines schriftlichen Bescheides.
- Berufen Sie gegen einen ablehnenden Bescheid.
- Im Falle einer Ablehnung: Besorgen Sie sich Unterstützung für die Erstellung einer Berufung!

Bestehen Sie auf der Durchsetzung Ihrer Rechte! Das steht jedem von uns zu!

Beispiel: Wenn kein Geld fürs Begräbnis bleibt

Frau Z. aus Knittelfeld kommt zur Sozialberatung der KPÖ: Ihr Mann war schwerst an Krebs erkrankt, die Kosten für die letzten Besuche im Krankenhaus Stolzalpe für die Ausgleichszulagenbezieherin kaum zu bewältigen. Das Pflegegeld wurde während der wiederkehrenden Spitalsaufenthalte einbehalten, die Kosten fürs Wohnen liefen weiter. Schließlich fiel ein Mietrückstand an.

Dann hat ihr Mann, Herr Z., den Kampf gegen die Krankheit endgültig verloren. Abgesehen von der Trauer stand Frau Z. nun von einem Tag auf den anderen ohne Einkommen da – die Neuberechnung der Mindestpension nimmt Zeit in Anspruch. Hilfe seitens der Gemeinde konnte sie keine erwarten. Die Kosten fürs Begräbnis könnten nicht übernommen werden hieß es, es seien „ja Kinder

da“ (Anm: alle haben ein geringes Einkommen bzw. Sorgepflichten) und außerdem: Es würden im engeren Umkreis „jede Woche fünf Mindestpensionisten versterben“ – da wäre die Gemeinde ja bald „pleite“, wenn man „für jeden ein Begräbnis zahlen“ würde.

Frau Z. hat auf unsere Anraten Beschwerde bei der Volksanwaltschaft erhoben. Wegen etwaiger Verletzung von Informationspflichten seitens der Gemeinde.



Graz, Ries: In den 1950er-Jahren haben steirische Kommunisten ein Gedenkkreuz für sieben von den Nazis in den letzten Kriegstagen ermordete Deserteure errichtet. 1988 wurde von der Stadt Graz und der Pfarre St. Leonhard an der selben Stelle eine der weltweit ersten Gedenkstätten für Deserteure errichtet. Jedes Jahr findet dort am 4. April ein Gedenktreffen für die Ermordeten statt. Ihre Namen sind bis heute unbekannt.



Keine Steuer für Schotterbarone

Nach jahrelangem Geplänkel haben SPÖ, ÖVP und FPÖ im Landtag endgültig Nein zu einer Steuer für Schotterbarone („Nutzungsabgabe“) gesagt. Dadurch entgehen dem Land Einnahmen bis zu 4 Mio. Euro im Jahr für Schutzmaßnahmen.

KPÖ-LABg. Werner Murgg, der sich für diese Abgabe stark gemacht hat: „Statt die Schotterbarone wenigstens minimal zu besteuern, holt sich das Land das Geld lieber bei jenen, die auf Wohnbeihilfe und Pflege angewiesen sind. Damit ist die SPÖ ein weiteres Mal von einem ihrer Versprechen abgerückt.“

Der Sozialratgeber der KPÖ informiert über alle Möglichkeiten und Einrichtungen in Graz, die soziale Leistungen anbieten. Er kann bei der KPÖ-Graz, Lagergasse 98a Tel. (0316) 71 24 79 oder im Stadtratsbüro von Elke Kahr unter der Telefonnummer (0316) 872 2060 bestellt werden.



MEINUNG LABg. C. Klimt-Weithaler

Keine Geschäfte mit der Gesundheit!



Schon unter Landeshauptfrau Klasnic wollte die Landesregierung die Teilprivatisierung der steirischen Spitäler einleiten. Das Leitungs der KAGes wäre fast in die Hände von externen „Managern“ gelegt worden. Das Vorhaben konnte damals aufgrund des heftigen Widerstandes gestoppt werden.

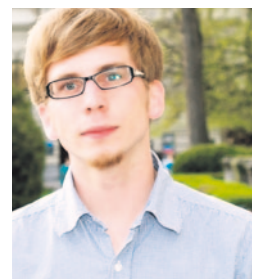
Doch die Pläne werden hinter verschlossenen Türen weiter verfolgt. Über Beratungs- und Managementverträge verdienen externe Berater viel Geld und geben der KAGes dafür vermeintlich „gute Ratschläge“. Diese Expertinnen und Experten wiederholen gebetsmühlenartig immer die gleichen Formeln: Wir haben zu viele Spitalsbetten, zu viele Spitäler, das System sei unfinanzierbar. Seltsam dabei ist, dass dieselben Personen, die das Land beraten, selbst Kliniken, Spitäler und andere Gesundheitseinrichtungen betreiben – und das in nicht geringer Zahl. Abgesehen davon, dass zu befürchten ist, dass das Know-how der KAGes hier ohne Gegenleistung an private Firmen

gelangt, fällt ins Auge, dass hier ein Interessenskonflikt vorliegt. Der Verdacht liegt nahe, dass sich diese „Gesundheitsökonom“ selbst die profitablen Teile des Gesundheitssystems unter den Nagel reißen wollen. Damit kann man gut verdienen – und das öffentliche System wird dadurch tatsächlich unfinanzierbar, weil ihm nur jene Bereiche bleiben, mit denen man nichts verdienen kann. Die Profite werden an Private „ausgliedert“, die Verluste bleiben der Allgemeinheit – so wie bei den meisten Privatisierungen. Die KPÖ hat sich deshalb im Landtag wiederholt dafür eingesetzt, mit dem Beraterwesen Schluss zu machen. SPÖ und ÖVP wollen davon nichts wissen. Mit der Gesundheit der Bevölkerung darf es keine Geschäftemacherei geben. Die Daseinsvorsorge – Wasser, Gesundheit, Bildung, Pensionen etc. – darf nicht den Spekulanten und Glücksrittern überlassen werden!

Claudia Klimt-Weithaler
Tel. 0316 / 877 5104
ltk-kpoe@stmk.gv.at

Mobilitätscheck bleibt

Mehr als 2.600 Unterschriften in zwei Tagen gegen die Einstellung des Mobilitätschecks für Studierende haben die Verantwortlichen zum Einlenken gebracht. KPÖ-Gemeinderat Robert Krotzer (Bild) erhielt vom zuständigen Stadtrat Mario Eustacchio (FP) die Zusage, dass der Mobilitätscheck – zwar mit Abstrichen, aber doch – weitergeführt wird.



Graz: Packelei hat Tradition

Die Grazer Stadtpolitik hat eine lange Tradition der Packelei. Posten und Einfluss waren dabei wichtiger als die Interessen der Bevölkerung. Die KPÖ ist stets dagegen aufgetreten.

Mehrheit im Gemeinderat. Trotzdem entscheidet die SPÖ unter Alfred Stingl anders. Der „Hasi-bingl“ wird erfunden. Es gibt zwei Teilzeitbürgermeister: zuerst Franz Hasiba (ÖVP) und anschließend Alfred Stingl (SPÖ). Alexander Götz bekommt zum Abschied den lukrativen Posten des Grazer Mesepäsidenten.

nen Tabubruch. Obwohl ÖVP und SPÖ unter Stingl eine Änderung des Statuts beschlossen haben, die es erst im vierten Wahlgang möglich macht, die zweitstärkste Partei zu übergehen, wird Lisa Rucker als Drittstärkste zur Vizebürgermeisterin gewählt. Die SPÖ protestiert dagegen.

Schwarz/Grün bringt die Ausgliederung der Wirtschaftsbetriebe und der Abfallwirtschaft und gleichzeitig einen Anstieg von Posten, die der ÖVP zugeordnet werden.

Beispiel 1973

Beispiel 2003

Eine Zusammenarbeit zwischen SPÖ, KPÖ und ALG kommt deshalb nicht zustande, weil SPÖ und Grüne keine Garantien gegen die Privatisierung von kommunalem Eigentum geben konnten. Die SPÖ schließt ein Abkommen mit der ÖVP. Der Energiebereich der Grazer Stadtwerke wird zu einem großen Teil privatisiert.

Beispiel 2008

Nach dem Wahlerfolg der ÖVP schließt Bürgermeister Nagl einen Pakt mit den Grünen und begeht ei-

Die SPÖ verliert die absolute Mehrheit im Gemeinderat, hat aber noch immer über 40 Prozent der Stimmen. Bürgermeister wird aber der Vertreter der drittstärksten Partei, Alexander Götz von der FP. Die ÖVP unterstützt ihn, weil die FP gleichzeitig in Klagenfurt einen ÖVP-Bürgermeister wählt. Diese Konstruktion hält 10 Jahre lang. In dieser Zeit steigt die Zahl von Spitzenbeamten, die aus der FP kommen, sehr deutlich an.

Beispiel 1983

Die FP verliert dramatisch. SPÖ, ALG und KPÖ hätten eine knappe

Schlimmer denn je

Postenschacher und „interessante“ Parteienabkommen haben in Graz Tradition. Neu ist etwas anderes: ÖVP, SPÖ und FP machen sich die Posten untereinander aus und stellen die zweitstärkste Partei und die gesamte Opposition vor vollendete Tatsachen. Sie behaupten aber in der Öffentlichkeit, dass sie nur eine ganz lose Abmachung hätten.

Und noch etwas ist neu: 1973, 1983 und 2008 hatten die Partner schon vor der Bürgermeisterwahl angekündigt, wie es ausgehen würde. 2013 spielte man in der Frage der Vizebürgermeisterinnenwahl der Öffentlichkeit aber eine Komödie vor. Kein Wunder, dass viele Grazerinnen und Grazer empört sind.

Die Politik der KPÖ ist aber nicht von Posten und von Geheimabmachungen abhängig. Wir machen nach der Wahl nichts anderes als wir vor der Wahl versprochen haben. In allen Konstellationen hat man sich auf Ernest Kaltenecker und Elke Kahr verlassen können. Das wird auch in Zukunft so sein. F. St. P.

Fotowettbewerb: Altstadt-Juwelen

Graz kann wahre Altstadt-Juwelen sein Eigen nennen. Leider werden aber viele Bauwerke dem Verfall preisgegeben.

Darum rückt das Stadtblatt **die Grazer Altstadt in den Fokus** und startet einen Fotowettbewerb.

Schicken Sie uns Ihr schönstes, beeindruckendstes oder beklemmendstes Bild eines historischen Grazer Hauses.

Eine Jury kürt die Gewinner.

Die Preisträger werden im nächsten Grazer Stadtblatt veröffentlicht. Nicht vergessen: Absender und Tel. angeben!

1. Preis Gutschein im Wert von 100,- Euro bei Digital Camera Graz,
2. Preis 70,- Euro,
3. Preis 50,- Euro.

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Einsendungen an: Grazer Stadtblatt, Volkshaus Graz, Lagergasse 98a
Digital: E-Mail stadtblatt@kpoe-graz.at





FUSSBALL IN GRAZ – FK AUSTRIA ASV PUCH Europameister der Eisenbahner

Ein reges fußballerisches Leben hat Graz zu bieten. Viele Unterhausvereine können auf große Traditionen zurückblicken. Teil 6 einer Serie von Hanno Wisiak

te Grazer viele Erfolge sehen. Bis heute wird auf dem „ehrwürdigen Austria-Platz“, wie Alfred Horner ihn nennt, gespielt. Er selbst ist „Hunderte Kilometer auf ihm herumgaloppiert“, erzählt er. Mehr als fünfzig Jahre ist er bei der Austria aktiv – erst als Spieler, dann als Trainer und heute als Obmann.

„Reichsbahn Sportgemeinschaft“

1938 wurde der Klub in „Reichsbahn Sportgemeinschaft Graz“ umbenannt. Weil Eisenbahner als „Unabkömmliche“ oft nicht zum Kriegsdienst einberufen wurden, blieb die Schlagkraft der Mannschaft bestehen. 1944 wurde man das erste Mal steirischer Meister, bevor der Platz 1945 durch Bombenangriffe völlig zerstört wurde.

Europameister der Eisenbahner

Nach der Befreiung vom Faschismus 1945 waren die Violetten in der steirischen Liga immer vorne dabei. Zur Legende wurden 1949 die vier steirischen Pokalfinalspiele gegen den SK Sturm. Dreimal trotzte der ESV Austria, wie der Verein seit März hieß, den Schwarz-Weißen ein Unentschieden ab, erst in der vierten Begegnung konnte Sturm sich mit 3:1 durchsetzen.

Der bislang einzige internationale Titel einer Grazer Fußballmannschaft ist im Besitz der Austria. 1954 bezwang sie eine französische Eisenbahner-Auswahl in Paris mit 4:1.



Eisenbahner-Europameister 1954 – Stehend, von links nach rechts: Schwarz, Wisnietzky, Koschier, Rumpf, Kasch, Käfer, Peter Müller, Unger, Urschitz; hockend: Gigerl, Gergic, Preininger, Rannacher, Pammer.

Der ESV Austria Graz ist der bislang einzige Grazer Verein mit internationalem Titel: Eisenbahner-Europameister 1954

Staatsliga A und B

Auch in den höchsten beiden Spielklassen war die Grazer Austria länger zugegen. Eine von vier steirischen Mannschaften ganz oben – neben Sturm, GAK und Kapfenberg – waren die Veilchen in der Saison 1953/54. Altersbedingt begann die Mannschaft zu zerfallen und teilte schließlich das Schicksal vieler Nicht-Wiener-Vereine: Das des Talenteschuppens.

International im Unterhaus

Nach einem kontinuierlichen Bergab – und der Fusion mit dem Traditionsverein ASV Puch 2004 – kicken die Grazer Violetten heute in der Gebietsliga Mitte, wo man sich auch eines traditionsreichen Derbys erfreut. Zum Auftakt der Frühjahrssaison demütigte man den Grazer Sportklub mit 5:0.

Steiermarkweit einzigartig ist die IB-Mannschaft. Aus sage und schreibe acht Nationen kommen die Spieler, von denen keiner einen österreichischen Pass besitzt. Die rassistischen Anfeindungen, denen die „Austria International“ immer wieder ausgesetzt sind, ärgern Obmann Horner. „Wir alle sind Menschen. Und egal ob in Kamerun, Ägypten oder Österreich:

Fußball spielt man überall gleich“, sagt er. Der Verein selbst ist stolz auf seine IB. Die durch sie entstandenen Kontakte haben sogar schon ein spontanes Freundschaftsspiel mit dem al-Nasr Sports Club aus Dubai ermöglicht.

AUSTRIA-LEGENDEN

Fritz Gigerl, der 1950 mit der Austria steirischer Meister wurde und später beim SK Sturm ein gefürchteter Freistoß-Schütze war. 1937 kam **Karl Klima** zum SC Südbahn, der sich in Frankreich bei Olympique Antibes einen Namen gemacht hatte. Dort hatte er sich 1932 nach nur 8 Minuten als erster Torschütze in die erstmals ausgetragene französische Profimeisterschaft eintragen. Bereits als 13-Jähriger kam 1941 **Karl Doller** zur damaligen „Reichsbahn“ und spielte schon mit 16 ab und zu in der Kampfmannschaft. Später wechselte er zur Admira. Seine Karriere begann auch **Helmut Senekowitsch**, später GSC- und Trainer-Legende von Córdoba, bei den Grazer Violetten. **Christoph Kröpfl**, zur Zeit im Kader des SK Sturm, und **Mark Pretenthaler**, FC Pasching, spielten in ihrer Jugend jahrelang beim ESV Austria Graz.



KPÖ-Sozial-telefon 0316/877 5102

Helfen statt reden. KPÖ wirkt!

www.mindestsicherungsrechner.at

Wir beraten Sie gerne.

Tel. Anmeldung erbeten. Graz, Landhaus

Das ist die EU: Sparbuchdiebe am Werk

„Die EU kommt uns zu teuer“. Dieser Plakatspruch ist vor zehn Jahren bei einigen Menschen auf Widerspruch gestoßen. Jetzt sind die Ersparnisse in der EU nicht mehr sicher. Niemand weiß, wie lange noch Geld aus dem Bankomaten kommt. Zypern ist kein Einzelfall. An der Bevölkerung dieses Landes wird ausprobiert, wie viel Geld man den Menschen wegnehmen kann, damit die EU und die Finanzkonzerne verschont bleiben.

Einzelfall?

Zypern, Portugal, Irland, Griechenland, Spanien, Italien, Slowenien: Die „Einzelfälle“ in der Eurozone häufen sich. Mit hunderten Milliarden Euro, die man den Arbeitslosen, den Pensionisten und der Jugend wegnimmt, wird der Bankensektor gerettet. Und es gibt keine Aussicht auf Umkehr. Die Polit- und Wirtschaftsversager in der EU geben nicht zu, dass sie gescheitert sind. Sie wollen mitten in der Krise ihre Macht zentralisieren und sich gegen die Forderungen der Bevölkerung abschotten. Österreichs Regierung spielt da mit.

Sparbuchdiebe

Die Sparguthaben sind sicher. Das hat die Regierung immer wieder betont. In Zypern hat man gesehen, dass dieses Versprechen von einem Tag auf den anderen nicht mehr gelten kann. Auch in Österreich gibt es Gesetze, die das Einfrieren von Sparkonten ohne weiteres möglich machen. Dabei hängt die Mehrheit der Bevölkerung schon seit vielen Jahren am Tropf der Finanzindustrie. Früher hat es Lohnsackerl gegeben, die Pensionisten haben ihr Geld mit der Post bekommen. Jetzt läuft alles auf elektronischem Weg über Girokonten. Was bedeutet das? Es ist möglich, dass die Bankomaten von einer Sekunde zur anderen kein Bargeld mehr ausspucken. Alle Banken wären gleichzeitig geschlossen und die Bevölkerung wäre auf das Bargeld angewiesen, das gerade im Geldbörstel oder in einem Schrank aufbewahrt wird. Die „schwarze Woche“ in Zypern

hat gezeigt, dass dies keine Horrervision ist.

Einlagenverunsicherung

Zypern ist die Vorlage für das Eingreifen der EU. Die vielbeschworene Einlagen-Sicherung ist das Papier nicht wert, auf dem sie gedruckt ist.

Dies bedeutet: Der einfache Bankkunde kann sich in der gesamten Euro-Zone nicht mehr in Sicherheit wiegen, wenn er sein Geld auf die Bank bringt. Der niederländische EZB-Mann Klaas Knot bestätigt: Die Enteignung von privaten Bank-Guthaben wird künftig Teil der „europäischen Liquidierungs-Politik sein“. Und auch in Österreich ist die Debatte für den „Fall der Fälle“ schon losgegangen. Ein Selbstbehalt für Sparer wäre eine gesunde Maßnahme“, sagte Oberbank-Chef Franz Gasselsberger am 3. April vor Journalisten.

Professor Novotny von der Nationalbank ist schon längst ungläubwürdig geworden. Ein Ausweg aus der Krise ist nur zu finden, wenn wir gemeinsam gegen das Diktat der EU auftreten.

Gegenbeispiel Island

Dass es möglich ist, der Erpressung durch eine mächtige Finanzelite zu widerstehen, zeigt Island: Dort hatte sich die Bevölkerung in einer Abstimmung geweigert, für die Schulden der Banken zu bluten. Die meisten Gläubiger gingen leer aus, die Banken gingen in Konkurs, wurden anschließend vom Staat übernommen. Natürlich war diese Abkehr vom Modell Finanzoase nicht ohne schmerzhaftes Einschnitte und Anpassungen zu haben. Diese Sanierung war aber nur möglich, weil Island nicht Mitglied der EU ist. Die EU kommt uns viel zu teuer: in Österreich und in allen Mitgliedsländern.



Mi, 1. Mai, Maifest im Volkshaus ab 13.00 Uhr mit Sigi Maron und den Rocksteady Allstars

Schachturnier U 16 gegen Ü 60

Gedenkveranstaltung Das Lager V und der Massenmord an ungarischen Juden in Liebenau

Mo 29. April 2013, 17 – 19 Uhr.
NMS Dr. Renner, Eduard Keilgasse 41, 8041 Graz



In Liebenau wurden im April 1945 bis zu 150 Menschen ermordet und verscharrt, 56 Opfer konnten im Bereich des heutigen Grünanger exhumiert werden. Die Stadt Graz gedenkt erstmals dieser Opfer des Holocaust in Liebenau. 17.00 Uhr: Dr. Eleonore Lappin-Eppel: „Die Todesmärsche ungarischer Juden durch die Steiermark und ihre Station in Graz“. Friedenslieder des Kinderchores der Volksschule Schönau 18.45 Puchsteg Mag. Joachim Hainzl, Mauthausen-Komitee Österreich Im Anschluss: Agape, Andersen-gasse 34. SMZ Liebenau.



Programm

alle Veranstaltungen, sofern nicht anders angegeben, im KPÖ-Bildungsverein, Volkshaus Graz, Lagergasse 98a

<http://bildungsverein.kpoe-steiermark.at>

Weitere Informationen zu
Veranstaltungen sowie Bestellungen:
KPÖ-Bildungszentrum
Volkshaus Graz • Lagergasse 98a
Tel. (0316) 71 29 59



Mo, 6. Mai 2013, 19 Uhr:
Bibliothek des Bildungsvereins
**Erich Weinert – Dichter, Ge-
brauchslyriker, Propagandist**
Karl Wimpler liest Texte von
Erich Weinert



Di., 14. Mai, 19 Uhr:
Caliban und die Hexe.
Frauen, der Körper und
**die ursprüngliche Akku-
mulation**

Buchpräsentation & Diskussion
mit Silvia Federici

Fr., 17. Mai, 19 Uhr:
Lesung: Young Austria
Österreicher im Britischen Exil
1938-1947

Freitag, 24. Mai, 20 Uhr:
Argentinien in der Krise
Vortrag und Diskussion mit Agus-
tin Santella (Buenos Aires/ARG)



Di, 28. Mai 2013, 20 Uhr:
prol.kino zeigt: Verboten
– Verfolgt – Vergessen
(Film über die Kommunistenver-
folgungen in Deutschland, mit
einem Zeitzeugen. D 2012, 58
Minuten, Regie: Daniel Burkholz)

Do. 13. Juni, 20 Uhr
Schwarzbuch Raiffeisen
– **Buchpräsentation**
Raiffeisen ist als ehemalige Bau-
ern-Selbsthilfe Genossenschaft zu
einem riesigen Wirtschaftskonglo-
merat geworden. Ergebnis der Re-
cherchen ist das Porträt einer ein-
zigartigen Zusammenballung von
ökonomi-
schem, po-
litischem
und ge-
sellschaft-
lichem
Einfluss.
Verlag
Mandel-
baum,
16,90 Euro.



Mittwoch, 8. Mai, 19 Uhr:
**Trieste/Trst – Die Minderhei-
ten – Minoranze und die Risie-
ra di San Sabba**
Fotoausstellung von Branko
Lenart

YOUNG AUSTRIA – Österreicher im britischen Exil

Der Grazer Franz Preminger konnte am 10. November 1938 – während sein Vater von der Gestapo verhaftet wurde – Graz Richtung Großbritannien verlassen. Erich Klemenschitz hatte die Stadt schon 1937 verlassen und ist nach Spanien gegangen, wo er auf Seiten der Internationalen Brigaden kämpfte. Im Juni 1940 floh er nach Großbritannien. Beide schlossen sich dort Young Austria an, der Exil-Jugendorganisation in Großbritannien.

In ihr waren über 1.300 junge Österreicher organisiert. Darunter waren auch später bekannt gewordenen Künstler wie Georg Eisler, Erich Fried, Otto Tausig oder Arthur West.

Die Ausstellung im Grazer Orpheum vergegenwärtigt die Jugendzeit von Young Austrians wie den Steirern Willi Scholz oder Franz Preminger und ihr Leben. In der Ausstellung und im Buch dazu werden die Kindertransporte, die Internierungen und Österreicher in den Britischen Streitkräften vorgestellt und so der Beitrag der Young Austrians im Kampf für die Befreiung Österreichs dokumentiert.

Sonja Frank (Hrsg.): *Young Austria. Österreicher/innen im Britischen Exil 1938 bis 1947.* Wien: ÖGB Verlag 2012.

Ausstellung: 8. April – 18. Mai 2013
Öffnungszeiten: Montag bis Freitag: 10 – 12 Uhr + 14 – 19 Uhr
ORPHEUM, Foyer, Orpheumgasse 8, 8020 Graz, Eintritt frei!

Young Austria
ÖSTERREICHEN IM BRITISCHEN EXIL 1938 - 1947
Für ein freies, demokratisches und unabhängiges Österreich
Sonja Frank (Hrsg.)



Sa. 18. Mai: 19. Uhr
Morosoff Kosaken



**Volkslieder und Tänze
der Kosaken**

Mit Igor Morosoff, Thomas Stiegler, Dmitry Savitsky, Khasan Bozorov, Daniela Mara, Heidrun Savic, Sanja Tosovic und Natalia Morozova. Tel. 0650 4231788

Eine Veranstaltung von Igor Morosoff, mit Unterstützung des KPÖ-Bildungsvereins.

Singen im Volkshaus
im Volkshaus, Lagergasse 98a
jeweils 19 Uhr

Fr. 26. April 2013, Fr. 3. Mai, Fr. 10. Mai,
Do. 16. Mai, Do 23. Mai, Fr. 31. Mai

Wer gern singt, kann mitmachen:
Lieder und Chöre der Arbeiter- und
Friedensbewegung

Nähere Infos: Eva Itzlinger,
E-Mail: eva.itzlinger@chorifeen.com



BIBLIOTHEK
des KPÖ Bildungsvereins

im Volkshaus Graz
Nach Vereinbarung
für alle zugänglich



E-Mail: bibliothek@kpoe-steiermark.at • Tel. Bernd Mugele 0664/7364 6417

Schwerpunkte sind Arbeiterbewegung, marxistische Klassiker sowie antifaschistischer Widerstand. Bücherflohmarkt. Sie können uns gerne besuchen: bitte um telefonische Vereinbarung.

<http://bildungsverein.kpoe-steiermark.at>

KINDERLAND-Feriendorf am Turner-/Sablatschnigsee

1-2 oder 3
Wochen möglich!

St. Radegund am Schöckel
vom 07. Juli bis 20. Juli

Feriendorf Turnersee
vom 07. Juli bis 24. August

Ferienturnusse 2013

Termin:	Dauer:
07.07. bis 20.07.	2 Wochen
07.07. bis 27.07.	3 Wochen
21.07. bis 27.07.	1 Woche
28.07. bis 10.08.	2 Wochen
28.07. bis 17.08.	3 Wochen
11.08. bis 17.08.	1 Woche
21.07. bis 27.07.	Actionwoche
11.08. bis 17.08.	Actionwoche
07.07. bis 13.07.	Reitwoche
21.07. bis 27.07.	Reitwoche
28.07. bis 03.08.	Reitwoche
11.08. bis 17.08.	Reitwoche



Pfingsten
am Turnersee
Schnuppertage
für Kids von 6-15

Auskunft und Anmeldung:

kinderland
Steiermark

Mehlplatz 2, 8010 Graz

Tel.: 0316 / 82 90 70

Fax: 0316 / 82 06 10

office@kinderland-steiermark.at
www.kinderland-steiermark.at

Zu vermieten

Der leistbare Veranstaltungsort für alle
Volkshaus Graz, Lagergasse 98a

für Kleinkunst, Theater-, Tanzaufführungen, Lesungen,
Seminare, Kongresse.



Großer Saal, ca. 280 m², zugelassen für max. 400 Personen (stehend),
ca. 200 Personen bestuhlt, Foyer ca. 110 m², Kleiner Saal ca. 60 m²

Auch längerfristige Vermietung möglich!

Anfragen bitte an: hausverwaltung@kpoe-steiermark.at
oder telefonisch Mo-Fr. von 7-14 unter: 0681/20160204

RAT UND HILFE

Mieterschutzverband

Sparbersbachgasse 61

Tel. 0316 / 38 48 30

www.mieterschutzverband.at

KOMPETENZ IN MIETERSCHUTZ

Wir veröffentlichen kostenlos

Ihre Kleinzeige: Grazer Stadtblatt,
Lagergasse 98a, 8020 Graz, Fax
0316 / 71 62 91
stadtblatt@kpoe-graz.at

Schach-Training

Der SC Extraherb WS bietet offene
Vereinsabende für Schachinteressierte:
jeden Donnerstag ab 19 Uhr, Körösistubn.

Anfänger und Quereinsteiger:
Nach Bedarf, Anmeldung unter
0699 100 435 28. •

Vereinsmitgliedschaft gratis.



RED:OUT, die Lesbian-Gay-Bi-
Transgender-Intersexual-Partei-
gruppe der KPÖ, trifft sich jeden
ersten Montag im Monat um 18
Uhr in der Traminer Weinstube
zu einem offenen Stammtisch.
Jede/r ist willkommen!

GRAZER Stadtblatt

Impressum: Medieninhaber, Heraus-
geber, Verleger: KPÖ-Graz Elke Kahr,
Lagergasse 98a, 8020 Graz. Verlags-
und Herstellungsort: Graz.
Tel. 71 24 79; Fax 71 35 61
E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at //
DVR: 0600008

Offenlegung: Das Grazer Stadtblatt / die
Steirische Volksstimme – Informationsblatt
der KPÖ Steiermark ist ein Regionalmedium
und dient der Information der steirischen
Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ
Steiermark. Das Blatt ist unabhängig von
kommerziellen Interessen jeglicher Art und
tritt für eine Stärkung und Demokratisie-
rung des solidarischen
Sozialsystems und gegen
die Privatisierung von
öffentlichem Eigentum
und öffentlichen Dienst-
leistungen ein.





Tiere suchen ein Zuhause **TIERECKE**

Beim Landestierschutzverein warten Haustiere auf neue Besitzer; oder entlaufene Lieblinge auf ihre alten...

Folgende Tiere vermittelt das Tierheim des Landestierschutzvereins,
Grabenstraße 113, Graz, Tel. 0316 / 68 42 12. <http://www.landestierschutzverein.at>



Artos: Ist ein 7-jähriger, temperamentvoller Dobermannrüde. Er braucht einen Platz bei Kennern seiner Rasse und ist etwas dominant.



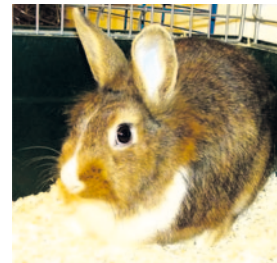
Lucky: Ist ein 5-jähriger, kastrierter Staffordshire Bull Terrier Rüde. Er ist sehr anhänglich und hat ein freundliches Wesen.



Jenny: Ist eine 9-jährige Schäferhündin. Sie bräuchte einen ruhigen Platz bei erfahrenen Hundebesitzern ohne kleine Kinder.



Sally: Ist eine ca. 1-jährige, weibl., steril. Katze. Ihre Mutter war Streunerin und sie ist Menschen gegenüber noch vorsichtig und ängstlich.



Emi: Ist ein weibliches, ca. 7 Monate altes Kaninchen und sucht einen guten, neuen Platz mit einem Artgenossen.



Arlene: Ist eine sterile, weibliche Katze, die bereits 2 Jahre im Tierheim auf einen guten Platz hofft. Ist sehr schüchtern und wartet auf ihre große Chance auf ein eigenes Heim.



Zoey: Ist eine noch etwas ängstliche, weibliche, sterile Katze. Sie sucht einen Platz, wo man Geduld mit ihr hat.



Vladimir: Ist ein sehr ängstlicher, kastrierter Kater. War ursprünglich ein Streuner, der noch Zeit und Geduld braucht, um seine Angst vor Menschen zu überwinden.



Michael: Ist ein männliches, kastrierter Cuy-Meerschweinchen (sog. Riesenmeerschweinchen). Er hätte gerne ein neues Zuhause bei Rassekennern und mit Gesellschaft.



Bako: Ist ein 7 Monate alter, kastrierter Kaninchenrammler. Er sucht einen Platz bei einem weiblichen Kaninchen.

KLEINANZEIGEN

Leistbarer **Familien-Pflegeplatz** bei Krankenschwester frei. Ruhige und erhöhte Aussichtslage, Einzelzimmer. Kontakt unter andrea@brueckler-wagner.at oder Tel. 0664/4609501

Einfamilienhaus in Westungarn zu verkaufen. Wohnfläche 100 m², 3 Zimmer, Küche, Vorzimmer, Bad, WC, teilweise unterkellert, Grundfläche ca. 6.000 m². VB 55.000 Euro. Tel. 0316/91 13 94

Funktionstüchtiger **Heizofen** (Öl) zu verkaufen: Tel. 0316/ 69 83 25 bitte nur tagsüber

Werschenkt drei Buben (9-12 J.) – Tarek, Hamzah und Ali funktionstüchtige Fahrräder (ev. auch Mountain bikes). Tel. 0316/712479. Nur zu Bürozeiten von 09.00-12.00 Uhr und 14.00-16.00 Uhr

Arbeit gesucht

Suche **Gartenarbeit** (Heckenschnitt, Rasenmähen etc.) in Graz und in Graz-Umgebung. Herr Dragan Adamovic, Tel.: 0316/8015730.

Vollzeitstelle im Bereich Büro, Sekretariat gesucht, einschlägige Ausbildung (HAK, Weiterbildungskurse im Sekretariatswesen) und Praxis vorhanden, sehr gute EDV-Kenntnisse, Sprachen: Englisch-Grundkenntnisse, Kroatisch in Wort und Schrift, Tel. 0664-118 72 73, Frau Paar

Suche Arbeit als Fahrer oder Kellner mit Berufserfahrung, Tel: 0664/ 94 07 379

Wer spendet Geschirr, Bett, kleinen Kühlschrank, Möbel aller Art, Decken, Polster etc.? Bitte unter Tel. 0699 12 15 65 04 melden.

Wohnung gesucht

Souffleuse sucht Wohnung in erreichbarer Nähe zum Schauspielhaus Graz. Groß muss sie nicht sein, leistbar schon. Falls jemand eine Idee hat, bitte unter 0676/7633890 melden.

Wohnungssuche: 4-köpfige Familie sucht 3-Zimmer-Wohnung mit Küche, WC und Balkon, Miete max. 600-650 €. Abdullah Turgut, Tel.: 0664/1702260.

Wir (3-Personen-Haushalt) suchen dringend eine **Drei-Zimmer-Wohnung** in Graz mit Küche und Bad (südliches rechtes Murer) maximale Miete € 500,-. Tel. 0664/47 78 993 (nach 18 Uhr)



Mobilfriseur

Andrea Schmid,
Graz und
Graz-Umgebung
Te. 0664 97 57 984



DruckZeug

Druckwerkstätte im Annenviertel

Wir suchen:
Ehemalige Setzer-/DruckerInnen,
die ihr Wissen über **Handsatz und Hochdruck weitergeben möchten**

Wir bieten:
Eine historische Druck-Werkstatt mitten in Graz für Interessierte und Kreative

Foto: Eva Mohringer-Milowiz

Mehr Infos über den Verein auf
www.druckzeug.at
Kontakt: office@druckzeug.at
Tel.: 0699-12680414

WO:
Buchdruckerei
Bauer
Annenviertel 19/
Hofgebäude,
8020 Graz

KOMMEN.
SCHAUEN.
STAUNEN.
MITTUN!

Wohnen muss leistbar werden



**Handeln statt
reden!**

Aufruf zum 1. MAi!

Wir sind **solidarisch** mit Arbeitern, Angestellten, allen Menschen, die weltweit am 1. Mai gegen die Spardiktate des Kapitals und für mehr Gerechtigkeit auf die Straße gehen.

Mit den hohen **Wohnkosten** wird auch die Sorge ums tägliche Überleben immer drückender: Die Einkommen sind niedrig, die Wohnkosten – Miete, Heizung, Energie steigen überdurchschnittlich.

Der Teuerung muss Einhalt geboten werden!

Dafür gehen wir am 1. Mai auf die Straße!

1.MAI 2013



Demonstration

Mi. 1. Mai, 10.30^h Graz. Treffpunkt Südtirolerplatz –
Schlußkundgebung Eisernes Tor

ab 13.00:

Maifest im Volkshaus Graz

Essen & Trinken
Musik & Tanz

Lagergasse 98a. Bei jedem Wetter! Eintritt frei!



Stargast:

Sigi Maron

und die Rocksteady Allstars

Schachturnier mit
Karmen Mar – U16 gegen 60+



KPÖ

www.kpoe-graz.at

